

# Gesammelte Kommentare 2024

Dr. H. Wolff <sup>1</sup>

**Hinweise:** Zum Suchen eines bestimmten Themas steht das Stichwortverzeichnis am Ende des Dokuments zu Verfügung. Nachträgliche Ergänzungen sind als Fußnoten angehängt, sowie im Abschnitt Nachlese zu finden. Das Inhaltsverzeichnis kann im PDF-Sidebar angezeigt werden.



Kommentar vom 03.01.2024:

## Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit

**Gleichberechtigung** ist durch Art. 3 GG garantiert. Dieser beinhaltet in Abs. 1 die Gleichheit vor dem Gesetz und in Abs. 2 die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und verbietet in Abs. 3 die Benachteiligung wegen der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen, z.B. einer Religionsgemeinschaft.

Die **Gleichstellung** wird oft als das Ergebnis der Gleichberechtigung gesehen, berücksichtigt aber die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen nicht ausreichend. Z.B. haben Frauen aufgrund von Schwangerschaft und Geburt von Natur aus eine stärkere Bindung zu ihren Kindern und deshalb oft andere Prioritäten als Männer. Folglich ist es falsch, die Parität von Männern und Frauen in bestimmten Positionen zu fordern. Wenn weniger Frauen als Männer diese Positionen anstreben, werden durch die vermeintliche Gleichstellung Männer benachteiligt (siehe auch meinen Kommentar ‚[Frauenquoten schaden der Gleichberechtigung](#)‘ vom 08.03.2023).

Die Forderung nach **Gleichheit** leugnet die Existenz gruppenbezogener Unterschiede. Sie ist Bestandteil sowohl der linken als auch der „woken“ Ideologie. Der Denkfehler besteht darin, **Gerechtigkeit** durch erzwungene Gleichheit erreichen zu wollen. Da gruppenbezogene sowie individuelle Unterschiede aber in der Realität existieren, ist das nur in einem totalitären System möglich, ist aber auch dort zum Scheitern verurteilt – bestes Beispiel ist der Kommunismus.

---

<sup>1</sup> Zuerst veröffentlicht auf meiner Homepage <https://hwolff.de/> als wöchentliche Kommentare.

Kommentar vom 10.01.2024:

## Gesellschaftliche Veränderungen: Notwendigkeit oder Ziel?

Es ist ein gängiges Narrativ, dass die gegenwärtigen (tatsächlichen und vorgeblichen) Krisen und gesellschaftlichen Probleme große gesellschaftliche Veränderungen erfordern:

- Die **Klimakrise** erfordert den Umstieg vom Auto auf Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel sowie weitere Einschränkungen des Lebensstandards wie Verzicht auf Fleisch und Flugreisen.
- Die **Flüchtlingskrise** erfordert, dass in jedem Ort kulturfremde Migranten untergebracht werden.
- Die angebliche **Diskriminierung von Frauen und Minderheiten** erfordert Quotenregelungen und eine neue, „gendergerechte“ Sprache sowie die Abkehr von der traditionellen Familie.
- Die angeblich immer größer werdende **Schere zwischen Arm und Reich** erfordert eine stetige Ausweitung des Sozialstaates.

All diese Veränderungen werden der deutschen Bevölkerung, für die sie in der Regel mit erheblichen Nachteilen verbunden sind, in bester Merkel-Tradition als „alternativlos“ verkauft. Die durchaus existierenden Alternativen werden mit Unterstützung der Medien totgeschwiegen,<sup>2</sup> was den Schluss zulässt, dass diese gesellschaftlichen Veränderungen das **eigentliche Ziel** sind, die *Hidden Agenda*, und die gegenwärtigen Krisen nur eine Begründung dafür liefern, die von der Bevölkerung eher akzeptiert wird als die reine **links-grüne Ideologie**.<sup>3</sup>

Dass sich in der Bevölkerung der **Widerstand** gegen diese und andere einschneidende Veränderungen nur langsam regt, liegt – neben der vermeintlichen Alternativlosigkeit – daran, dass die deutsche Regierung die negativen Folgen, so gut es geht, mit viel Geld „zuschießt“,<sup>4</sup> das sie sich mit Taschenspielertricks (sog. „Sondervermögen“ etc.) beschafft.<sup>5</sup> Damit fährt die Regierung Deutschland aber früher oder später an die Wand. Das zeichnet sich schon jetzt dadurch ab, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hinter den meisten anderen OECD-Staaten zurückbleibt.<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> Zum Beispiel hat ein [Pilotprojekt der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg-Bergedorf](#) gezeigt, dass E-Fuels kostengünstig aus Abfällen (z.B. Altspeisefetten) hergestellt werden können. Damit betriebene Autos mit Verbrennungsmotor wären nicht nur klimaneutral, sondern sogar effizienter als E-Autos.

<sup>3</sup> Siehe auch den Gastkommentar von Ralf Schuler [„Wie Deutschland sich zum Schlechten verändert“](#) aus der [NZZ vom 29.11.2023](#), in dem er die Veränderungen in Deutschland aus der Sicht eines ehemaligen DDR-Bürgers bewertet.

<sup>4</sup> Frei nach Mario Adorf: „Ich schieß Euch mit meinem Geld zu!“ (aus „Kir Royal“, 1986).

<sup>5</sup> Mit dem Urteil vom 15.11.2023 wollte das Bundesverfassungsgericht dem einen Riegel vorschieben. Aber die Ampel-Regierung umgeht das Urteil, indem sie für 2023 erneut eine „außergewöhnliche Notlage“ feststellt – zum vierten Mal in Folge. Auch das ist wieder nur ein Taschenspielertrick, denn die Ampel-Regierung hat diese Notlage selbst verschuldet. So wird die Schuldenbremse im Grundgesetz ad absurdum geführt.

Kommentar vom 17.01.2024:

## Gender-Sprache als Tumor-Marker der Gesellschaft

So, wie [Tumor-Marker](#) auf das Vorhandensein von Krebsgeschwüren im Körper hindeuten, deutet die Gender-Sprache auf das Vorhandensein eines Krebsgeschwürs in der Gesellschaft hin. Dieses Krebsgeschwür ist die **Gender-Ideologie**, die weit über die Gender-Sprache hinausgeht. Die Gender-Ideologie postuliert anstelle der beiden biologischen Geschlechter eine Vielzahl gleichwertiger „Geschlechtsidentitäten“, für die man sich frei entscheiden kann. Alle, die das aufgrund biologischer Tatsachen bestreiten, werden diffamiert und Opfer der *Cancel Culture*, die in diesem Bild der Ausbreitungsmechanismus des Tumors ist.

Die Gender-Ideologie stellt die klassische Familie (Mann, Frau, Kind = Mädchen oder Junge) als überholt dar und spricht den Eltern das Recht ab, über das Wohl ihrer minderjährigen Kinder zu entscheiden.<sup>7</sup> Damit greift die Gender-Ideologie eine der Grundfesten unserer Gesellschaft an, mit dem Ziel die Gesellschaft in ihrer bestehenden Form zu zersetzen, dem Bild des bösartigen Tumors entsprechend.

Die Gender-Ideologie ist eng verknüpft mit der **Woke-Ideologie**, die überall Diskriminierung von Minderheiten sieht, dabei aber selbst die Mehrheit der Gesellschaft diskriminiert und ihre klassischen Werte zu zersetzen versucht. Und wer woke ist, gendert natürlich auch.

Die Verbreitung der Gender-Sprache zeigt an, wie weit sich diese Krebsgeschwüre schon ausgebreitet haben. Die Gesellschaft sollte nicht den Fehler begehen, zu lange mit deren Bekämpfung zu warten, denn je länger sie wartet, desto schwerer wird es.<sup>8</sup>

Kommentar vom 24.01.2024:

## Das Hufeisenmodell

Was heute fehlt, sind Politiker wie Helmut Schmidt, die sich durch Kompetenz, klare Worte und entschlossenes Handeln auszeichnen. Eine Wahl zwischen Zauderern und Schwaflern wie Scholz und Laschet wollen die Menschen nicht noch einmal und suchen nach Alternativen. Das ist die Chance für Populisten, wobei sich jetzt neue Möglichkeiten auftun – Stichwort: Hufeisenmodell.

---

<sup>6</sup> Siehe auch den Kommentar von Eric Gujer ‚[Die deutsche Schizophrenie – das Land schwankt zwischen wirtschaftlicher Vernunft und politischer Torheit](#)‘ aus der [NZZ vom 01.12.2023](#).

<sup>7</sup> Siehe auch meinen Kommentar ‚[„Selbstbestimmungsgesetz“ – Gefühl wird Gesetz](#)‘ vom 19.07.2023.

<sup>8</sup> Wie weit die Woke-Ideologie sich schon ausgebreitet hat, zeigt z.B. der Artikel ‚[Die Macht der Woken](#)‘ aus der [Berliner Zeitung vom 11.11.2023](#).

Dass es wirksame Gegenmittel gibt, zeigt sich am „Tagesspiegel“, für den Gendern ein „Menschenrecht“ war, der aber aufgrund zu vieler Abo-Kündigungen wegen der Gender-Sprache zurückgerudert hat und jetzt zumindest auf die Verwendung von Gender-Sonderzeichen verzichtet (siehe z.B. [NZZ vom 28.11.2023](#)).

Das **Hufeisenmodell** besagt, dass man sich das politische Spektrum gebogen wie ein Hufeisen vorstellen kann: Der rechte und der linke Rand stehen einander näher als der Mitte. Die AfD und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) sind ein gutes Beispiel hierfür:

- Beide sehen sich als Vertreter der „kleinen Leute“ und als Feinde der „Eliten“.
- Beide befeuern die deutsche „Neidkultur“ und profitieren davon.
- Beide sind gegen Wokeness und Gendern und für eine Eindämmung der Migration.
- Beide sind „Putin-Versteher“, auch was den Ukraine-Krieg betrifft.
- Beide wollen die Energiekrise mit russischem Gas überwinden.
- Beide stehen der deutschen Mitgliedschaft in der NATO ablehnend gegenüber.

Deshalb wäre eine **Koalition** der AfD mit der Wagenknecht-Partei nicht unwahrscheinlich. Diese wäre in Thüringen sogar mehrheitsfähig, wenn die neue Partei einen nennenswerten Teil der Wählerschaft für sich gewinnen könnte.<sup>9</sup> Man stelle sich das vor: Thüringen nach fast 80 Jahren wieder national-sozialistisch regiert, mit Erfurt als neuer „Hauptstadt der Bewegung“ – nicht schön.

Kommentar vom 31.01.2024:

## Die Inkompetenz der Politiker gefährdet die Demokratie

Die Demokratie ist ein hohes Gut, das immer noch vom Großteil der Bevölkerung geschätzt wird. Sie verliert aber ihren Wert, wenn aus den sich permanent als solche bezeichnenden demokratischen Parteien nur noch **Dilettanten** zur Wahl stehen. Genau das ist in Deutschland seit Jahren der Fall. Eine so inkompetente Regierung wie die Ampel mit einem Kanzler, der so farblos und führungsschwach ist wie Olaf Scholz, hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

So verliert die Demokratie ihr Ansehen, besonders in den östlichen Bundesländern, in denen sie aufgrund der DDR-Diktatur noch nicht so fest verwurzelt ist wie im Westen. Wenn die Demokratie bzw. ihre Vertreter sich als zu schwach und zu zerstritten erweisen, wird automatisch der Ruf nach einer starken Hand laut. Und dabei erscheint es dann auch nicht mehr so wichtig, dass der Rahmen des Grundgesetzes eingehalten wird.

Nicht die AfD und die Wagenknecht-Partei gefährden die Demokratie, sondern die Ampel, die die Menschen reihenweise in deren Arme treibt.

Aufgrund der vielen unbewältigten Krisen ist es höchste Zeit, dass die Ampel-Regierung **zurücktritt** und einer überparteilichen **Expertenregierung** Platz macht.

---

<sup>9</sup> Schon kurz nach der Parteigründung liegt das BSW in [Umfragen zur Landtagswahl in Thüringen](#) bei 17%. Stärkste Partei ist weiterhin die AfD mit 31%. Zusammen kämen sie auf 45 von 88 Sitzen im Landtag, könnten also als Koalition die Landesregierung stellen. In [Umfragen für Sachsen](#) sind es 6 Monate vor der Wahl auch schon 62 von 120 Sitzen für die „Hufeisen-Koalition“.

Kommentar vom 07.02.2024:

## Der „Kampf gegen rechts“ schwächt die Demokratie

Von verschiedenen Parteien und anderen Gruppierungen, nicht nur linken, wird immer wieder für den Schutz der Demokratie zum „Kampf“ bzw. zum „Widerstand“ **gegen „rechts“** aufgerufen. – Zitate:

- [Programm der SPD](#): „Stark gegen rechts – Hand in Hand für unsere Demokratie – Rechte Kräfte werden immer stärker. Wir müssen dagegen halten – jede und jeder Einzelne von uns. ...“<sup>10</sup>
- [Tagesschau vom 21.01.2024](#): „Hunderttausende Menschen sind an diesem Wochenende in ganz Deutschland auf die Straße gegangen, um ein Zeichen gegen rechts zu setzen. Politiker dankten den Demonstrierenden – für ein „klares Signal“. ... Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) lobte den zunehmenden Protest gegen rechts in Deutschland ...“<sup>11</sup>

Dabei ist „rechts“, genau wie „links“, grundsätzlich nichts Verwerfliches und durch die **Meinungsfreiheit** (Art. 5 GG) geschützt. Was hier fehlt, ist die **Differenzierung** zwischen „rechts“ und „rechtsextrem“ bzw. „rechtsradikal“. Besonders die Medien setzen „konservativ“ gerne mit „rechts“ und „rechts“ gerne mit „rechtsextrem“ bzw. „rechtsradikal“ gleich.

Wenn man die Demokratie schützen will, muss man **Extremismus aller Couleur bekämpfen** und **legitime Meinungen aus allen Lagern tolerieren**. Leider fehlt der Medienlandschaft in Deutschland die notwendige Ausgewogenheit.<sup>12</sup> Mit ihrer Diktion manipulieren die Medien, ebenso wie die links-grünen Politiker, einschließlich des Bundespräsidenten, die Menschen und forcieren so die Spaltung der Gesellschaft und schwächen die Demokratie.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Der Text wurde in der Zwischenzeit geändert: „Rechts“ wurde durch „Rechtsextremismus“ bzw. „Rechtsradikal“ ersetzt. Hat die SPD dazugelernt oder will sie nur die wahren Ziele verschleiern? Gräbt man etwas tiefer, findet man in der SPD auch die folgende Position:

[Angela Marquardt](#), ehemals im PDS-Bundesvorstand und nach ihrem Eintritt in die SPD Geschäftsführerin des Arbeitskreises Denkfabrik in der SPD-Bundestagsfraktion, ist der Meinung, [im Kampf gegen rechts brauche die SPD auch die Antifa](#), eine vom [Verfassungsschutz](#) als linksextremistisch eingestufte Sammlungsbewegung gewalttätiger autonomer Gruppen. Zusammen mit Staatsfeinden für die Demokratie kämpfen? – Wie krank ist das denn?!

<sup>11</sup> Bei einigen Demonstrationen wurden als „klare Signale“ neben den Fahnen der Antifa auch die der Palästinenser gezeigt. „Antisemiten gegen rechts“ – auch eine merkwürdige Allianz.

<sup>12</sup> Siehe auch meine Kommentare ‚[Rechts = böse, links = gut?](#)‘ vom 01.08.2023 und ‚[Wer hat die deutschen Medien gleichgeschaltet?](#)‘ vom 13.09.2023.

<sup>13</sup> Siehe auch die Kommentare ‚[Die Massenproteste gegen die AfD sind ein zweischneidiges Schwert – und der Bundespräsident spaltet einmal mehr](#)‘ aus der [NZZ vom 22.01.2024](#) und ‚[Verbotssrufe werden die AfD nicht bremsen](#)‘ aus der [NZZ vom 05.02.2024](#).

Für die Ampel-Parteien wie auch die CDU ist der „Kampf gegen rechts“ eine willkommene Ablenkung von ihrem eigenen Versagen, speziell in der Migrationspolitik, durch das die AfD erst so stark geworden ist.

Kommentar vom 13.02.2024:

## Was ist von Empfehlungen von Anlageberatern zu halten?

Man kann davon ausgehen, dass Anlageberater, auch von seriösen Banken, vorrangig die Anlagen empfehlen, bei denen sie selbst bzw. die Bank am meisten profitieren. Oft sind das Anlagen, für die die Berater hohe **Provisionen kassieren**. Es kann aber auch vorkommen, dass z.B. eine Bank Bestände eines Wertpapiers hält, die sie loswerden möchte. Auch diese Papiere werden gerne den Kunden zum Kauf empfohlen.

Bei Anlageberatern, die einen „Geheimtipp“ haben, der sehr hohe Renditen verspricht, kann man davon ausgehen, dass der Anlageberater bzw. die dahinter stehende Firma selbst in dem (marktengen) Wertpapier investiert ist und den **Kurs hochtreiben** will, um mit Gewinn zu verkaufen, bevor der Kurs wieder fällt. Das kann auch bei Verkaufsempfehlungen der Fall sein, wenn der Anlageberater bzw. die dahinter stehende Firma sich vorher mit Put-Optionen eingedeckt hat, die steigen, wenn der Kurs des zum Verkauf empfohlenen Wertpapiers fällt.

Eines muss man als Anleger wissen: Hohe Renditen haben **immer** ihren Preis in Form eines höheren Risikos, und **niemand** empfiehlt eine Anlage aus Gutherzigkeit. Auch Algorithmen sind nicht neutral, sondern programmiert, um Anlegern Geld aus der Tasche zu ziehen, z.B. durch häufige Transaktionen. Und **nichts** ist kostenlos, die Kosten sind mit Sicherheit irgendwo versteckt.<sup>14</sup> Deshalb ist es so wichtig, auch und gerade für junge Menschen, eigene Finanzkompetenz zu erwerben und sich nicht auf Anlageberater oder den „neuesten heißen Scheiß“ aus dem Internet zu verlassen.

Kommentar vom 19.02.2024:

## Aktienanleihen vs. Wandelanleihen

**Wandelanleihen** gibt es schon lange. Sie werden von Aktiengesellschaften herausgegeben und bringen dem Anleger einen festen, meist **unterdurchschnittlichen Zins** und zusätzlich zum Laufzeitende die **Option**, statt des Nennwerts der Wandelanleihe eine bestimmte Zahl von Aktien der Gesellschaft zu erhalten. Der Anleger kann sowohl bei gestiegenen Kursen der Aktie profitieren, indem er die Aktien wählt, als auch bei gefallen Kursen, indem er sich den Nennwert auszahlen lässt. Es gibt auch Fonds, über die Anleger auch in kleinen Beträgen in einen ganzen Korb von Wandelanleihen investieren können.

**Aktienanleihen** sind sogenannte strukturierte Produkte, die meist von Banken herausgegeben werden und dem Anleger einen festen, meist **überdurchschnittlichen Zins** bieten. Am Laufzeitende bekommt der Anleger – im Gegensatz zu Wandelanleihen –, wenn die Aktien

---

<sup>14</sup> Wie das bei Neo-Brokern abläuft, die keine Transaktionsgebühren verlangen, kann man z.B. [bei der BaFin nachlesen](#).

**gestiegen** sind, den Nennwert der Aktienleihe ausgezahlt, wenn die Aktien **gefallen** sind, stattdessen eine bestimmte Zahl von Aktien, **verliert** also in beiden Fällen. Nur bei einer Seitwärtsbewegung der Aktie erzielt der Anleger aufgrund der Zinseinnahmen einen Gewinn. Von Aktienanleihen, die von Banken gerne empfohlen werden, weil sie daran gut verdienen, ist deshalb **dringend abzuraten**.

Kommentar vom 25.02.2024:

## Effizienzbetrachtungen zum Klimaschutz

Selbst in Deutschland stehen nur begrenzte Mittel für den Klimaschutz zu Verfügung. Deshalb müssen diese Mittel möglichst effizient eingesetzt werden. Anhaltspunkte dafür geben die folgenden Kriterien:

- Da Deutschland nur einen Anteil an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1,8% hat und die Klimaerwärmung ein globales Problem ist, beträgt der Wirkungsgrad der Ausgaben für die Dekarbonisierung Deutschlands nur 1,8%.<sup>15</sup>

Dieser Wirkungsgrad könnte deutlich gesteigert werden, wenn Deutschland eine Vorbildfunktion hätte. Die deutsche Klimapolitik führt aber zum wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands und Wohlstandsverlusten der breiten Bevölkerung, ist deshalb ein Negativbeispiel.<sup>16</sup>

- Die Entwicklung von Alternativen zu fossiler Energie hätte einen deutlich höheren Wirkungsgrad, wenn diese so kostengünstig wären, dass sie in weiten Teilen der Erde eingesetzt werden könnten.

Mit wenigen Ausnahmen<sup>17</sup> werden in Deutschland aber nur Technologien wie Elektroautos und Wärmepumpen entwickelt, die sich selbst in Deutschland ein großer Teil der Bevölkerung nicht leisten kann, geschweige denn in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Der Schutz vor den **Folgen von Klimaveränderungen** in Deutschland hat einen viel höheren Effizienzgrad. – Beispiele:

---

<sup>15</sup> Von interessierter Seite wird immer wieder behauptet, dass man auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die bei der Produktion nach Deutschland importierter Güter entstehen, Deutschland zuordnen müsse, wodurch der deutsche Anteil deutlich größer wäre. Wenn man so rechnet, muss man aber auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die bei der Produktion aus Deutschland exportierter Güter entstehen, den Zielländern zuordnen. Da Deutschland einen Exportüberschuss hat, würde bei dieser Rechnung der Anteil Deutschlands sogar geringer als 1,8% sein. Diese Tatsache wird von den „Klimaschützern“, aber verschwiegen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf meine eigene Formel zur Bewertung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, siehe meine [Gedanken zur Klimakrise](#) mit der Bewertungsgröße im [Anhang](#).

<sup>16</sup> Siehe auch den Artikel ‚[Ein Desaster namens Energiewende](#)‘ aus der [NZZ vom 05.12.2023](#).

<sup>17</sup> Siehe z.B. den dpa-Artikel ‚[Forscher produzieren klimaneutralen Kraftstoff](#)‘ vom 18.04.2023.

- Der Schutz vor Überflutungen durch die Erhöhung von Deichen und die Anlage von Flutpoldern, sowie weiteren Maßnahmen wie die Umsiedlung von Menschen aus nicht schützbaeren Gebieten, könnte Flutkatastrophen zwar nicht gänzlich verhindern, die Schäden aber sicher um mindestens 50% reduzieren.
- Der Schutz vor Waldbränden durch flächendeckende Überwachung, Aufrüstung der Feuerwehren und die Anschaffung großer Löschflugzeuge, die es bis heute in Deutschland überhaupt nicht gibt, könnte die Schäden ebenfalls sicher um mindestens 50% reduzieren.

Würde sich die Politik nach rationalen Gesichtspunkten richten, müsste die **Priorisierung** der Maßnahmen nach deren **Effizienz** erfolgen. Das wird aber durch die Ideologie und das Wunschdenken der „Klimaschützer“ und grünen Politiker verhindert (siehe auch meinen Kommentar ‚[Der Klimaschutz in Deutschland läuft ins Leere](#)‘ vom 04.04.2023).

Kommentar vom 04.03.2024:

## „Fragen Sie Ihre Ärztin, Ihren Arzt oder in Ihrer Apotheke“

Der gute, alte Hinweis „Zu Risiken und Nebenwirkungen ... fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“ wurde „geschlechtergerecht“ geändert. Muss das sein?! – **Nein**, ganz im Gegenteil!

Jeder weiß doch, ob sein Arzt bzw. Apotheker ein Mann oder eine Frau ist. Deshalb ist die Doppelnennung vollkommen überflüssig. Außerdem spielt das Geschlecht in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rolle, es kommt auf die Kompetenz der Person an. Im letzten Teil des Textes wurde durch die Umformulierung genau das inhaltlich verändert: Es wäre schon besser, einen Apotheker zu fragen, als einen beliebigen Angestellten der Apotheke.

Gerade diese angeblich „geschlechtergerechte“ Umformulierung – sprich: Sexualisierung – eines häufig verwendeten Standardtextes sendet ein **verheerendes Signal** aus: Dass man nicht mehr so sprechen soll, wie man es gelernt hat, um nicht als „reaktionär“ und „frauenfeindlich“ zu gelten. Im Endeffekt ist das eine **ideologische Beeinflussung** und ein **Angriff auf die freie Meinungsbildung**, wo absolute Neutralität gefordert ist.<sup>18</sup>

Kommentar vom 11.03.2024:

## Wie sinnvoll ist eine schuldenfinanzierte Aktienrente?

Das Konzept stammt aus der Zeit der Negativzinsen, als die Bundesrepublik sich Geld leihen konnte und dafür keine Zinsen zahlen musste, sondern sogar noch Geld zusätzlich einnahm. In dieser Zeit wäre es sinnvoll gewesen, Geld aufzunehmen und es am Aktienmarkt zu inves-

---

<sup>18</sup> Siehe auch meinen Kommentar ‚Gender-Sprache als Tumor-Marker der Gesellschaft‘ vom 17.01.2024.



tieren, um mit der Rendite die Rentenkasse zu unterstützen. Diese Zeiten sind aber vorerst – möglicherweise für sehr lange – vorbei.

Dass die Ampel-Regierung jetzt, viel zu spät, in einer Hochzinsphase, die schuldenfinanzierte Aktienrente einführen will, zeugt einmal mehr von deren Inkompetenz in Sachen Finanzen. Einen der wichtigsten Grundsätze für Privatanleger, nämlich Aktien nicht „auf Pump“ zu kaufen, sollte auch die Regierung beherzigen.

Außerdem bleiben von der durchschnittlichen Aktienrendite von ca. 7% p.a. nach Abzug der Zinsen von ca. 2,5% p.a. (30-jährige Bundesanleihen) und geschätzten Verwaltungskosten des Staatsfonds von 0,5% p.a. noch 4% p.a. übrig. Bei einem geplanten Zielvolumen von 200 Mrd. Euro (bis 2035) ergibt das pro Jahr zusätzliche Einnahmen von 8 Mrd. Euro. Im Vergleich zum derzeitigen Rentenvolumen von über 370 Mrd. Euro (inkl. Verwaltungskosten der Rentenversicherung) ist das nur der sprichwörtliche „Tropfen auf den heißen Stein“ und alles andere als eine Lösung für das demografische Rentendilemma.

Kommentar vom 18.03.2024:

## **Kann Taylor Swift Trump stoppen?**

Taylor Swift hat großen Einfluss, nicht nur auf ihre Fans, die „Swifties“. 2023 wurde ihr vom Time Magazine der Titel „Person of the Year“ verliehen, und auf der Forbes-Liste der einflussreichsten Frauen der Welt stand sie im selben Jahr auf Platz 5.

Laut einer [Schätzung von Business Insider](#) sind über 60 Mio. wahlberechtigte Anhänger der Republikaner gleichzeitig „Swifties“. Und Taylor Swift ist alles andere als ein Fan von Donald Trump. Daraus macht sie auch kein Geheimnis.

Bei der Präsidentschaftswahl in den USA können in den sog. *Swing States* wenige 100.000 Stimmen den Ausgang bestimmen, d.h. ob alle Wahlmänner des Bundesstaates für den republikanischen oder den demokratischen Kandidaten stimmen werden. Aufgrund dieses Wahlsystems kann man davon ausgehen, dass eine klare Empfehlung von Taylor Swift für den demokratischen Kandidaten den Wahlausgang bestimmen kann. Donald Trump hat sie deshalb bereits gewarnt.

Selbst eine Verurteilung wegen der Anstiftung zum Sturm auf das Kapitol könnte Trump wohl kaum stoppen. Sollte Trump sich allerdings ernsthaft mit Taylor Swift anlegen, wäre das wahrscheinlich das Ende seiner politischen Karriere.<sup>19</sup> – So weit sind wir also gekommen: Die Hoffnung der zivilisierten Welt hängt an einer 34-jährigen Pop-Sängerin.

---

<sup>19</sup> [Business Insider \(31.01.2024\)](#): „Hell hath no fury like a Swiftie scorned.“ – „Die Hölle kennt keine Wut wie die eines verachteten Swifties.“

Kommentar vom 25.03.2024:

## Notwendige Maßnahmen gegen die illegale Migration

Niemand hat das Recht, ein fremdes Land ohne gültige Einreiseerlaubnis zu betreten. Die rechtliche Lage ist eindeutig:

Die **unerlaubte Einreise** nach Deutschland ist eine **Straftat**, die mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft wird (§ 95 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz). Für Flüchtlinge ohne ein ggf. erforderliches Visum gilt, dass sie hierfür laut dem in Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegten Grundsatz nicht bestraft werden dürfen, sofern sie unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht waren, und sie sich umgehend bei den Behörden melden. Da allerdings alle Nachbarländer Deutschlands als Sichere Drittstaaten gelten, ist dies allenfalls bei der Einreise per Flugzeug (oder theoretisch auf dem Seeweg über Nord- und Ostsee) erfüllt. Ein Ausländer, der unerlaubt einreisen will, ist an der Grenze **zurückzuweisen** (§ 15 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz).

Flüchtlinge müssen sich also (spätestens) an der Außengrenze der EU bei den Behörden melden und ihr Anliegen vortragen, ansonsten machen sie sich der illegalen Einreise schuldig. Das machen sie aber auch, wenn sie sich danach in ein anderes Land der EU begeben.

Um das zu verhindern, müssten die Flüchtlinge **in geschlossenen Transitlagern** untergebracht werden, in denen sie gut versorgt werden, die sie aber nicht verlassen können. Dort hin sollten auch alle in der EU aufgegriffenen illegalen Migranten gebracht werden.<sup>20</sup> Die Transitlager könnten analog den Transitzonen in Flughäfen zum extraterritorialen Gebiet erklärt werden. Die Transitlager, die sinnvollerweise in der Nähe der Außengrenzen der EU errichtet werden sollten, müssten aber von allen EU-Länder finanziert und mit Personal ausgestattet werden.

Die Flüchtlinge würden so lange in den Transitlagern verbleiben müssen, bis entschieden ist, ob sie einen Aufenthaltstitel für die EU oder einzelne EU-Länder erhalten oder ausreisepflichtig sind. Ausreisepflichtige bleiben bis zur Ausreise im Transitlager. So kann die illegale Migration praktisch vollständig unterbunden werden und wirklich Schutzbedürftige würden trotzdem zu ihrem Recht kommen.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Diese Einschränkung der Freiheit der Migranten ist aufgrund ihres ungeklärten Status gerechtfertigt und auch zur Verhinderung von (weiteren) Straftaten, siehe z.B. den ausführlichen Bericht [„Mindestens 7000 Frauen sind in Deutschland seit 2015 Opfer sexueller Übergriffe von Flüchtlingen geworden“](#) aus der [NZZ vom 07.01.2024](#) – in Deutschland ein Tabuthema.

<sup>21</sup> Solche Transitlager könnten z.B. auch in Nordafrika eingerichtet werden – Vereinbarungen mit den betreffenden Ländern vorausgesetzt. Dadurch würde für die Flüchtlinge der gefährliche Weg über das Mittelmeer sinnlos werden, siehe auch meinen Kommentar [„Seenotretter oder Schleuser?“](#) vom 14.06.2023. Zurzeit existiert nur ein Abkommen zwischen Italien und Albanien, dort das Asylverfahren für im Mittelmeer aufgegriffene Flüchtlinge durch italienische Behörden nach italienischem Recht durchführen zu lassen.

Kommentar vom 02.04.2024:

## **Klimaschutz, die neue Religion**

Religion ist „Opium für's Volk“, ohne geht es wohl nicht. Nachdem sich die katholische Kirche als Schutzbund für Pädophile herausgestellt hat, kehren ihr, aber auch der evangelischen Kirche, die Menschen reihenweise den Rücken, und viele suchen nach einem neuen Glauben. Diesen liefert der Klimaschutz mit dem **Glauben an das 1,5°C-Ziel**. So, wie der Glaube an das Himmelreich die Angst vor dem Tod abmildern soll, soll der Glaube an das 1,5°C-Ziel die Angst vor der „Klimakatastrophe“ abmildern. Beiden ist gemein, dass sie in Wirklichkeit unerreichbar sind. Deshalb wird den Gläubigen eingeredet, dass sie Verzicht üben müssen, um das Ziel zu erreichen.

Propheten sagen den Weltuntergang voraus. Wer nicht genug Verzicht übt, muss in der „Klimahölle“ schmoren. Missionare verbreiten den Glauben. Dogmen wie das der Klimaneutralität (siehe meinen [Kommentar vom 16.08.2023](#)) ersetzen den Verstand. Inquisitoren lassen keine Zweifel zu. Zweifler werden verfolgt, zwar nicht mehr verbrannt, aber gesellschaftlich geächtet. Kreuzritter ziehen aus, den Glauben zu verteidigen. Heute sind es die „Ritter der Letzten Generation“, die gegen die Ungläubigen kämpfen, mit allen Mitteln, die ihr Glaube rechtfertigt. Ablasshandel gibt es auch, in Form von CO<sub>2</sub>-Gutschriften, mit denen CO<sub>2</sub>-Emissionen „kompensiert“ werden können. Und endlich sind Glaube und Staat wieder vereint: Das Bundesverfassungsgericht hat den Klimaschutz zum Staatsziel Nr. 1, also quasi zur Staatsreligion erhoben.<sup>22</sup> – Mittelalter 2.0.

Das schlimmste daran ist, dass der Glaube, dass das 1,5°C-Ziel noch erreicht werden kann, rechtzeitige und ausreichende **Schutzmaßnahmen** gegen die Folgen der Erderwärmung **verhindert**.<sup>23</sup>

Kommentar vom 10.04.2024:

## **„Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Schlachter selber“**

Im Grunde sind die **Palästinenser** arme Schweine, keiner will sie haben, weder in Israel noch in den angrenzenden arabischen Ländern. Im Gaza-Streifen hatten sie eine gewisse Autonomie und Selbstverwaltung – und was machen sie? Sie **wählen die Hamas** zu ihrer Regierung, eine der schlimmsten Terrororganisationen, die die palästinensische Zivilbevölkerung opfert, indem sie sie als menschliche Schutzschilde missbraucht und sich feige unter Krankenhäusern, Schulen und Moscheen verkriecht, nachdem sie abscheuliche Terrorakte begangen hat.

---

<sup>22</sup> Siehe z.B. den Artikel [,Karlsruhe installiert mit dem Klima-Urteil eine präventive Notstandsverfassung'](#) von Dr. Gerd Held.

<sup>23</sup> Siehe auch meinen Kommentar [,Effizienzbetrachtungen zum Klimaschutz'](#) vom 25.02.2024.

Deshalb sollte sich das Mitleid mit den „Zivilisten“ im Gaza-Streifen in Grenzen halten, denn sie sind mehrheitlich Unterstützer oder zumindest Sympathisanten der Terroristen. Im Grunde sind die israelischen Soldaten, die die Hamas zerschlagen, ihre „Befreier“, auch wenn die Palästinenser das sicher ganz anders sehen. Aber wo **religiöser Hass** die Politik und das ganze Leben bestimmt, haben Vernunft und Einsicht keine Chance.<sup>24</sup>

Die islamischen Staaten haben einen entscheidenden Schritt noch nicht vollzogen, nämlich die Trennung von Religion und Staat, die mit der abendländischen Aufklärung einherging. Religion basiert auf Glauben und Dogmen, während ein moderner Staat auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Rationalität aufbaut.<sup>25</sup>

Kommentar vom 16.04.2024:

### **„Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“**

Das sagte der FDP-Parteivorsitzende **Christian Lindner** im November 2017 und verhinderte damit die Bildung einer Jamaica-Koalition mit CDU und Grünen, wobei es die unüberbrückbaren Differenzen mit den Grünen waren, die zum Scheitern führten. – Eine weise Entscheidung, die allerdings eine Fortführung der Großen Koalition zur Folge hatte und damit Stillstand für Deutschland mit den verheerenden Folgen, die wir heute noch deutlich spüren.

Nach der Bundestagswahl 2021, bei der die SPD stärkste Partei wurde, wurden Lindner und die FDP dann aber ihrem Grundsatz untreu und beteiligten sich an der Ampel-Koalition mit SPD und Grünen, obwohl sich an den Differenzen mit den Grünen nichts Grundlegendes geändert hatte. Die FDP sieht sich in dieser Koalition als Gegengewicht zu SPD und Grünen und versucht, die schlimmsten links-grünen Exzesse zu verhindern. Das ist ihr allerdings nur bei der Verhinderung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen wirklich gelungen. Dafür musste die FDP aber viele grüne Kröten schlucken, wie die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke mitten in der Energiekrise, um nur eine von vielen zu nennen.<sup>26</sup>

De facto ist es der FDP nicht gelungen, die Transformation von der **Sozialen Marktwirtschaft** in eine **links-grüne Planwirtschaft** zu verhindern, wenn auch etwas zu bremsen. Bei realistischer Einschätzung bleibt der FDP jetzt nur noch, die Reißleine zu ziehen und die Ampel-Koalition zu beenden. – Damit würde die FDP Deutschland einen großen Dienst erweisen. Nach **Neuwahlen** würde das Parlament die stark verschobenen politischen Gewichte wieder korrekt abbilden.

---

<sup>24</sup> Siehe auch meine Literaturempfehlungen: Thilo Sarrazin: Die Vernunft und ihre Feinde

<sup>25</sup> Leider hat sich in der westlichen Welt ein links-grüner Zeitgeist etabliert, der wissenschaftliche Erkenntnisse und Rationalität wieder durch Glauben und Dogmen ersetzt hat. Siehe z.B. meine Kommentare [„Selbstbestimmungsgesetz“ – Gefühl wird Gesetz](#) vom 19.07.2023 und [„Klimaschutz, die neue Religion“](#) vom 02.04.2024.

<sup>26</sup> Siehe auch den Kommentar [„Ampel«-Unzufriedenheit: Für die FDP geht es jetzt um alles“](#) aus der [NZZ vom 16.02.2024](#).

Kommentar vom 23.04.2024:

## **Je größer die EU wird, desto schwächer wird sie**

Es ist ein gängiges Narrativ, dass die EU nur dann ihren Einfluss in der Welt ausbauen kann, wenn sie größer wird. Das genaue Gegenteil ist aber der Fall. Das zeigen die folgenden Punkte:

1. Wenn immer mehr wirtschaftlich schwache Staaten aufgenommen werden, sinkt das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und schwächt das System der EU insgesamt.
2. Das Verhältnis von Nettozahlern<sup>27</sup> zu Nettozahlungsempfängern wird immer ungünstiger.
3. Die wachsende Zahl unterschiedlicher Interessen behindert wirksame Problemlösungen, was zu immer höheren Belastungen der wenigen Nettozahler führt.
4. Die Zerstrittenheit schwächt auch den außenpolitischen Einfluss der EU.
5. Die wachsende Zahl von Mitgliedsstaaten verschlimmert die überbordende Bürokratie der EU.
6. Die Erweiterung des Schengen-Raumes (zuletzt Bulgarien und Rumänien) macht es für international operierende Kriminelle – auch Schleuser – einfacher.
7. Die Erweiterung der Euro-Zone (zuletzt Kroatien) schwächt die Stabilität des Euro und führt zu dessen Wertverlust und steigenden Zinsbelastungen.

Statt weitere Staaten in die EU aufzunehmen,<sup>28</sup> wäre ein Freihandelsabkommen völlig ausreichend.<sup>29</sup>

---

<sup>27</sup> 2022 waren von den 27 EU-Staaten 9 Nettozahler und 18 Nettozahlungsempfänger. Die Haupt-Nettozahlungen kamen aus Deutschland und Frankreich (Quelle: [Statista](#)).

<sup>28</sup> Beitrittskandidaten sind zzt. Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei und Ukraine.

<sup>29</sup> Siehe auch meinen Kommentar ‚[Nützt oder schadet die EU Deutschland?](#)‘ vom 15.11.2023.

## Nachlese

Zu einigen Kommentaren haben sich zwischenzeitlich neue Aspekte ergeben. Diese werden hier gewürdigt.

Zu ‚**Gender-Sprache als Tumor-Marker der Gesellschaft**‘ vom 17.01.2024:

Mit Beschluss vom 19.03.2024 ist in Bayern die Anwendung von Gender-Sprache in Schulen, Hochschulen und Behörden ausdrücklich untersagt. Dazu wird klargestellt, dass eine „ideologisch geprägte Sprache, wie sie beim Gendern zum Einsatz kommt, ... eine exkludierende Wirkung“ hat und dass „viele missionarische Nutzer die Sprache auf eine Weise verwenden, die nicht mit einer offenen Gesellschaft vereinbar ist.“ Der Deutsche Lehrerverband hat das Verbot begrüßt.<sup>30</sup>

Eine liberale Gesellschaft benötigt eine ideologiefreie Sprache. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass auch alle anderen Bundesländer eine so klare Regelung beschließen.<sup>31</sup> Was allerdings noch fehlt, auch in Bayern, ist der Durchgriff auf die öffentlich-rechtlichen Medien.

Zu ‚**Das Hufeisenmodell**‘ vom 24.01.2024:

Friedrich Merz hat sich dahingehend geäußert, dass er sich eine Koalition der CDU mit jeder einzelnen der drei Ampel-Parteien vorstellen kann, auch mit den Grünen.<sup>32</sup> Für eine Koalition allein mit der FDP wird es aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht reichen. Damit hat Merz die CDU für alle, die sich eine fundamentale Abkehr von der links-grünen Ampel-Politik wünschen, praktisch unwählbar gemacht. Als echte Alternativen für diese Wählergruppe bleiben damit nur die AfD und die Wagenknecht-Partei übrig.

Eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD hat Merz aber kategorisch ausgeschlossen. Diese wäre angesichts der herrschenden Anti-Rechts-Hysterie zurzeit auch nicht machbar.

Bei [Wahlumfragen auf Bundesebene](#) ist die AfD seit Beginn des Jahres von ca. 23 % auf ca. 18 % zurückgefallen, ein Verlust von 5 %-Punkten. Dies wird von interessierter Seite mit den Protesten „gegen rechts“ bzw. gegen Rechtsextremismus in Verbindung gebracht. Gleichzeitig hat aber das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) von 0 % auf ca. 6 % zugelegt. Damit haben die „Hufeisen-Parteien“ AfD und BSW in Summe sogar 1 %-Punkt hinzugewonnen. Hochinteressant ist auch die [Wahlumfrage für Sachsen-Anhalt](#) vom 30.01.2024. Diese sieht nur drei Parteien im Landtag: CDU 30 Sitze, AfD 29 Sitze und BSW 24 Sitze. Damit kommen die „Hufeisen-Parteien“ fast auf eine 2/3-Mehrheit. Folglich muss die CDU sich langsam mit dem Gedanken anfreunden, auch Minderheitsregierungen zu bilden, die nur mit Unterstüt-

---

<sup>30</sup> Siehe z.B. den Artikel vom 19.03.2024 ‚[Bayern verbietet Gendersprache in Schulen, Hochschulen und Behörden – Lehrer reagieren positiv](#)‘ auf [Merkur.de](#).

<sup>31</sup> Wie dringend das nötig ist, zeigt der Erfahrungsbericht einer Studentin aus [FOCUS online vom 03.04.2024: Ich bin konservativ und will nicht gendern – prompt bin ich die „Nazi-Schlampe“](#).

<sup>32</sup> Siehe z.B. den Artikel ‚Für Merz ist auch Schwarz-Grün eine Koalitionsoption‘ aus der [Welt vom 04.02.2024](#).

zung von Teilen der AfD und/oder des BSW regieren können. Dazu muss die CDU sich rechte Positionen zu eigen machen, soweit diese verfassungskonform sind.

Zu ‚**Die Inkompetenz der Politiker gefährdet die Demokratie**‘ vom 31.01.2024:

Weil die Ampel-Regierung nicht in der Lage ist, echte Probleme zu lösen, versucht sie wenigstens bei einigen Pseudo-Problemen einen „Erfolg“ vorzuweisen. Aber wie immer sind die Gesetze der Ampel-Regierung schlecht gemacht und nicht zu Ende gedacht. – Zwei Beispiele:

**Cannabis-Legalisierung:** Abgesehen von den gesundheitlichen Bedenken und der Frage der Kontrolle der hochkomplizierten Regeln, die die Regierung ignoriert hat, beginnt erst nach der Freigabe die Diskussion, welcher Grenzwert im Straßenverkehr zulässig sein soll. Der bisher geltende niedrige Wert scheint mit dem legalen Konsum nicht vereinbar zu sein. Außerdem wurden Anbau und Konsum gleichzeitig freigegeben. Bis legal angebautes Cannabis zur Verfügung steht, gibt es erst einmal einen Boom bei den kriminellen Drogen-Dealern. Darüber hinaus stellt die rückwirkende Amnestie für bisherige Cannabis-Delikte eine enorme Belastung für die Justiz dar.<sup>33</sup>

**Selbstbestimmungsgesetz:**<sup>34</sup> Abgesehen von den medizinischen und psychologischen Bedenken, die die Regierung ignoriert hat, ist völlig unklar, wie im Einzelnen mit Männern zu verfahren ist, die sich selbst zur Frau deklariert haben, z.B. in Frauensaunen und Frauenhäusern. Die Betreiber werden vom Gesetzgeber allein gelassen. Ebenso stellt sich die Frage z.B. bei Gefängnisinsassen. Und immer stellt sich die Frage der Haftung.

Jedes Ampel-Gesetz schafft bei Weitem mehr neue Probleme, als es löst, z.B. auch die Kindergrundsicherung, die ein wahres Bürokratiemonster ist, für das ca. 5.000 neue Stellen erforderlich sind.

Zu ‚**Der „Kampf gegen rechts“ schwächt die Demokratie**‘ vom 07.02.2024:

Die zurzeit gefährlichsten Feinde der deutschen Demokratie sitzen in der Ampel-Regierung:

**Nancy Faeser** (SPD), „Staatssicherheitsministerin“ alias Innenministerin: Sie will mit einem „[Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus](#)“ Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und weitere Behörden einsetzen, um auch legale rechte Positionen zu bekämpfen, sofern diese ein „Gefährdungspotential“ besitzen.<sup>35</sup>

**Lisa Paus** (Grüne), „Propagandaministerin“ alias Familienministerin: Sie will mit dem „Demokratiefördergesetz“ gezielt Organisationen unterstützen, die sich gegen „Rechtsextremis-

---

<sup>33</sup> Siehe z.B. ‚ZDF heute‘ vom 05.04.2024: ‚[Cannabis-Gesetz: Warum die Justiz ächzt](#)‘

<sup>34</sup> Siehe meine Kommentare ‚[„Selbstbestimmungsgesetz“ – Gefühl wird Gesetz](#)‘ vom 19.07.2023 und ‚[Ist Geschlechtsdysphorie eine Fehlprägung?](#)‘ vom 26.07.2023.

<sup>35</sup> Siehe auch den Kommentar ‚[Nancy Faeser und die neue deutsche Herrschaft des Verdachts](#)‘ aus der [NZZ vom 15.02.2024](#) sowie den Artikel ‚[Wann gerät ein deutscher Bürger ins Visier des Verfassungsschutzes? – Die Antwort darauf ist beunruhigend vage](#)‘ aus der [NZZ vom 23.02.2024](#).

mus“ einsetzen.<sup>36</sup> Dass diese Organisationen legale rechte Positionen respektieren, ist nicht zu erwarten.

Wer die Mittel des Rechtsstaates für den eigenen Machterhalt und gegen seine politischen Gegner einsetzen will, **delegitimiert den Rechtsstaat**, tut also genau das, was „den Rechten“ vorgeworfen wird. Und mit den über 200 Mio. Euro jährlich, die für die „Demokratieförderung“ vorgesehen sind, könnte man die Demokratieverdrossenheit in Deutschland sicher besser bekämpfen, indem man sie gegen die illegale Migration einsetzt, als sie linken Organisationen in den Rachen zu werfen, die sich dafür nicht einmal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen müssen.

Dazu sagte **Wolfgang Kubicki** (FDP) der Bild-Zeitung (18.03.2024): „Mit der Delegitimierung staatlicher Institutionen kann Kritik am Handeln staatlicher Akteure nahezu beliebig in die Nähe der Staatsgefährdung geschoben werden. In der DDR gab es den Straftatbestand der staatsfeindlichen Hetze. Die Innenministerin scheint sich offenbar nicht daran zu stören, dass sie in diese autoritäre Denkweise verfällt.“ Kubicki sagte, aus dem „Kampf gegen ‚Rechts‘ scheint ein Kampf gegen das Recht zu werden. Ich hätte mir nie träumen lassen, dass eine sozialdemokratische Innenministerin selbst zu einer Gefahr für die Demokratie wird.“ Er könne nur sagen: „Nicht mit mir, Frau Faeser.“<sup>37</sup>

Mittlerweile hat sich auch herausgestellt, dass der „Kampf gegen rechts“ nicht von der breiten Mehrheit der Gesellschaft getragen wird, sondern von einer links-grünen Minderheit, und dass der Auslöser, angebliche „Deportationspläne“ gegen deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund auf einem „Geheimtreffen“ in Potsdam, nicht bewiesen ist.<sup>38</sup>

Zu ‚**Notwendige Maßnahmen gegen die illegale Migration**‘ vom 25.03.2024:

Die neueste [Statistik zur Kriminalität in Deutschland](#) zeigt eine erschreckende Zunahme der Gewaltkriminalität und des Anteils von Ausländern daran und an den Straftaten insgesamt. Ursachen hierfür sind die unkontrollierte Migration und die völlig unzureichende Abschiebung von Personen ohne Schutzanspruch und insbesondere von ausländischen Straftätern. Das sog. Rückführungsverbesserungsgesetz ändert hieran praktisch nichts.

Auch die immer wieder ins Spiel gebrachte Obergrenze für die Migration ist nicht zielführend. Die illegale Migration muss komplett gestoppt werden, nicht auf eine willkürliche Zahl beschränkt. Auch die massive Überlastung der Kommunen bei der Unterbringung und Inte-

---

<sup>36</sup> Siehe z.B. den Artikel ‚Familienministerin Paus drängt FDP zu Zustimmung zum Demokratiefördergesetz‘ aus dem [Spiegel vom 13.02.2024](#) sowie den Artikel ‚Viel Geld für viele linke Organisationen: Streit um das sogenannte Demokratiefördergesetz‘ aus der [NZZ vom 17.03.2023](#).

<sup>37</sup> Siehe auch den Kommentar ‚Die Kritik der deutschen Innenministerin an ihren Kritikern ist unanständig‘ aus der [NZZ vom 19.03.2024](#).

<sup>38</sup> Siehe den Kommentar ‚Das Märchen von der schweigenden Mehrheit: Die Teilnehmer der deutschen Demos «gegen rechts» sind vor allem grün und links‘ aus der [NZZ vom 14.03.2024](#).



gration der Migranten würde beendet, wenn nur die Migranten ins Land kämen, die auch einen Aufenthaltstitel haben.

Der Beschluss des Europaparlaments vom 10.04.2024 zur Verschärfung der gemeinsamen Asylregeln geht in die richtige Richtung, da Asylverfahren an den Außengrenzen der EU sowie beschleunigte Rückführungen ermöglicht werden.

## Literaturempfehlungen

Einige Themen der Kommentare werden in den hier aufgeführten Büchern vertieft, die ich persönlich für sehr lesenswert halte.

**Thilo Sarrazin: Der neue Tugendterror** – Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, DVA 2014, LMV 2021

„Wer bestimmt, was gesagt werden darf – und worüber geschwiegen werden muss? Meinungsfreiheit ist hierzulande durch das Grundgesetz garantiert. Aber wie sieht es damit im Alltag aus? Dort begegnen wir immer wieder Denk- und Redeverbote und sind recht schnell an den Grenzen des Sagbaren angelangt. Thilo Sarrazin analysiert den grassierenden Meinungskonformismus und stellt fest: Wer Dinge ausspricht oder Zusammenhänge herstellt, die nicht ins gerade vorherrschende Weltbild passen, der wird gerne als Provokateur oder Nestbeschmutzer ausgegrenzt. Mit gewohntem Scharfsinn prangert Thilo Sarrazin diesen Missstand an, zeigt auf, wo seine Ursachen liegen, und benennt die 14 vorherrschenden Denk- und Redeverbote unserer Zeit.“

**Thilo Sarrazin: Die Vernunft und ihre Feinde** – Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens, LMV 2022

„In seinem neuen Buch bietet Thilo Sarrazin eine klarsichtige Analyse der Bedrohung unserer Demokratie durch linke und rechte Ideologien. Er analysiert die Verzerrungen und geistigen Fehlschlüsse von Denkstilen, die glaubens- oder ideologiegetrieben und nicht auf Wahrheitsfindung gerichtet sind. Die wesentlichen Ausprägungen ideologischen Denkens stellt er in ihren ideengeschichtlichen Kontext und beschreibt den Einfluss von Ideologie auf die politische und gesellschaftliche Ordnung bis in die Gegenwart und die Ampel-Regierung hinein. In der Summe weist er überzeugend nach, dass ideologisches Denken jedweder Art mit den Grundprinzipien von Rationalität und dem Geist der abendländischen Aufklärung unvereinbar ist.“

# Stichwortverzeichnis

AfD.....	4, 5, 14	<b>Gleichheit</b> .....	1
<b>Aktienanleihen</b> .....	6	<b>Gleichstellung</b> .....	1
<b>Aktienrente</b> .....	8	Grundgesetz.....	1, 5
Algorithmen.....	6	Grüne (Partei) .....	12, 14
Ampel-Regierung.....	4, 5, 9, 15, 18	Hamas .....	11
Anlageberater.....	6	Hidden Agenda .....	2
<b>Anlageempfehlungen</b> .....	6	<b>Hufeisenmodell</b> .....	4
Anleger .....	6	Israel .....	11
Antifa .....	5	Kinder.....	3
Antisemitismus.....	5	Klimakrise.....	2
Asyl .....	10, 17	Klimaneutralität .....	11
Ausländerkriminalität.....	10, 16	Klimaschutz.....	7, 11, 12
Baerbock, Annalena .....	5	Kubicki, Wolfgang .....	16
Banken.....	6	Letzte Generation .....	11
Bayern .....	14	Lindner, Christian.....	12
BSW .....	4, 14	Marktwirtschaft .....	12
Bundespräsident .....	5	Medien.....	5, 14
Bundesregierung .....	2	<b>Meinungsfreiheit</b> .....	5, 8, 18
Bundesverfassungsgericht.....	2, 11	Merz, Friedrich.....	14
Bürokratie.....	13, 15	<b>Migration</b> .....	2, 4, 10, 16
Cancel Culture .....	3	Neidgesellschaft.....	4
Cannabis-Legalisierung.....	15	Nettozahler (EU) .....	13
CDU.....	5, 14	Öffentliche Verkehrsmittel .....	2
CO <sub>2</sub> -Emissionen .....	7, 11	Palästinenser .....	11
Dekarbonisierung .....	7	Paus, Lisa.....	15
<b>Demokratie</b> .....	4, 5, 15, 16	Planwirtschaft.....	12
<b>Diskriminierung</b> .....	2	<b>Politiker</b> .....	4, 15
E-Fuels .....	2	Religion .....	11, 12
Eltern .....	3	Rendite.....	6, 9
Entwicklungsländer .....	7	Rente.....	9
Erderwärmung.....	7, 11	Sarrazin, Thilo .....	18
<b>EU</b> .....	10, 13, 17	Scholz, Olaf .....	4
EU-Beitrittskandidaten .....	13	Selbstbestimmungsgesetz .....	15
Euro .....	13	Sozialstaat .....	2
Expertenregierung.....	4	SPD.....	5
Extremismus .....	5	<b>Swift, Taylor</b> .....	9
Faeser, Nancy .....	15	Terrororganisationen.....	11
FDP .....	12, 14	Thüringen.....	4
Finanzkompetenz .....	6	<b>Trump, Donald</b> .....	9
Flüchtlingskrise.....	2, 10	Ukraine-Krieg .....	4
Frauenquoten.....	1, 2	USA .....	9
Gaza-Streifen .....	11	Verfassungsschutz .....	15
Gender-Ideologie.....	3	Wagenknecht, Sahra.....	4, 14
<b>Gender-Sprache</b> .....	2, 3, 4, 8, 14	Wahlumfragen .....	4, 14
Gerechtigkeit .....	1	<b>Wandelanleihen</b> .....	6
Geschlecht .....	1	Woke-Ideologie.....	1, 3, 4
Gewaltkriminalität.....	16	Zeitgeist .....	12
<b>Gleichberechtigung</b> .....	1		